

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelheft: 30 000 M.
Das Jahrgesamt: 300 000 M.
Das Vierteljahr: 75 000 M.
Das Monatsheft: 25 000 M.

Der Anzeigenpreis beträgt 4000 M. für den Monat. 500 M. für die Woche. 100 M. für den Tag. 20 M. für die Zeile. 10 M. für die Spalte. 5 M. für die Spalte. 2 M. für die Spalte. 1 M. für die Spalte.

Einzelpreis 30 000 M.

Freitag, den 24. August 1923

3. Jahrgang Nr. 197

Hilferdings Finanz-Debit

Der freisende Berg hat ein elendes Mäuslein geboren

Berlin, 23. August.

In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages sprach Reichsfinanzminister Dr. Hilferding über die finanzielle Lage des Reiches. Die außerordentliche Erregung und Gärung, die in der letzten Zeit des Kabinetts durch die Wahlen ergiebig wurde und die Folge der plötzlich rapid fortgeschrittenen Inflationssteigerung gemein ist, hat unsere ganze Finanzverwaltung in eine peripetische und verwirrende Verwirrung gebracht. Die Erregung hat sich in außerordentlich starken Vorkommnissen ausgemittelt (Nach den vorliegenden Nachrichten sind die Vorkommnisse und der Geschäftswandel so groß, daß sie sich nicht anders verhalten. Nach ihnen soll die Streikbewegung keinen Erfolg gehabt und die Unternehmer sollen nur den Vorkäufen höhere Löhne bewilligt haben. D. h. die trotz ihrer Höhe nur eine gewisse Annullierung an die Höhe gebracht haben. Als die Lohnschranken festgelegt wurden, konnte die Unternehmerhaft mit einem Dollarschub infolge der sich damals zwischen fünf und sechs Millionen bewegte und von dem man annehmen konnte, daß er in den nächsten Tagen noch weitens höher gehen würde. Als dann in den nächsten Tagen eine gewisse Beruhigung einsetzte und der Dollarschub sich wieder zurückzog, hatten in vielen wichtigen Gewerbezweigen die Preise bereits den Friedensstand erreicht oder waren über dem Friedensstand. Auch die Preise für wichtige Rohprodukte und Lebensmittel stiegen über das normale Niveau an, so daß die größte Gefahr bestand, daß eine allgemeine Wirtschaftskrise einreten würde. Wir sind heute in der Situation, daß wir nicht nur die Ausgaben des Reiches aufkommen, daß wir nicht nur das laufende Defizit des Reiches decken müssen, sondern daß wir die neuen Ausgaben der verschiedenen öffentlichen Verwaltungen der Länder und Gemeinden zu decken haben. Wie ich schon sagte, der Minister, daß zur Beendigung des Inflationskrieges, der die Stilllegung der Rentenpreise zur Folge hatte, sogar ein Teil der Löhne für die Bundesarbeiter auf das Reich übernommen werden mußte, so daß das Reich nunmehr sogar Löhne für die Privatindustrie bezahlt. Ebenso fallen allgemeine Wirtschaftskrisen auf dem Defizit des Reiches zur Last.

Zusammenfassend ist unsere Situation so, daß trotz der neuen Steuern ein harter Preiskampf vorhanden ist, und daß die Finanzverwaltung diesen Preiskampf machen muß, wie dieser Preiskampf vermindert werden kann. Aber das Ausmaß ist für mich nicht klar, weil das zum Teil vom Erfolg der Anleihe abhängt. In unserer Situation können wir Steuern nicht abbauen und nicht mildern. Der Geldmangel ist eine Verhängnisvolle Gefahr und löst sich nicht ohne die Verknüpfung des Geldmarktes, eines gewissen Maßes an der Wirtschaft, damit sie gewonnen ist, ihre Warenbestände zu vermindern und evtl. Devisen zu verkaufen. In der Situation wird es möglich sein, mit energetischen Mitteln und in großzügiger Weise den Reich die Herabsetzung der Devisenmarkts zu verschaffen. Wir können ohne Verletzung des Dollarkurses überhaupt keine Politik treiben, keine Lohnpolitik, keine Preispolitik, überhaupt keine innere und äußere Politik, wenn wir nicht der Dollarkursverweigerung hinhinsehen. Wir müssen durch die Beherrenzung des Dollarkurses erst die Grundlage schaffen für eine programmatische Politik. Ich habe darüber schon gesprochen und das soll in die Öffentlichkeit ist eine brutale Situation.

Die Regierung hat sich deshalb ins Einvernehmen mit den Wirtschaftskreiseln geeinigt. Sie haben erklärt, daß sie die Regierung unterstützen werden, weil sie die letzte politische Reserve ist, über die Deutschland verfügt, weil sie einsehen, daß eine verfassungsmäßige Regierung überhaupt nicht möglich ist, wenn diese Regierung befreit werden würde. Wir haben über die Möglichkeiten gesprochen, wie ein derartiger Devisenfondus geschaffen werden kann und sind vorläufig zu einer Lösung im Einvernehmen mit den Wirtschaftskreiseln gekommen.

Wir sind zu einem Vorlass gekommen, der davon ausgeht, daß für die 1000 M., die auf die erste Rate der Rentenverpflichtungsgabe gezahlt werden sind, ein Betrag von 1 Mrd. Gold in Devisen bis zum 15. September 1923 zu liefern ist. Wird der entsprechende Betrag nicht abgeliefert, so ist unser Eid zu verweigern, daß ein ausweichender Schritt von Devisen am Sonntag nicht vorhanden ist. Wenn ich bei der Rede eine solche Angabe herausstellte, ist die Sachlage und wegen Meinungsverschiedenheiten des Reichstages angeordnet. Ich Gegenleistung ist nach Wahl der Anleiherden gegeben werden entweder Goldanleihe oder Verbriefung auf neue Anleihen. In dem Fall, daß tatsächlich nachgewiesen wird, daß die Deckung nicht möglich ist, wird Zahlung in Papiermarken entsprechend dem Kurs am Sonntag ankommen.

Die Finanzlage, die wir als Ergebnis übernehmen müssen, ist wirklich ernst. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, um eine Verschärfung zu verhindern, um eine Verbesserung durchzuführen. Wenn das nicht der Fall ist, können wir einen Zusammenbruch nicht verhindern.

Nach dem Minister Hilferding gab Reichsminister Dr. Cserik einen kurzen Überblick über die Lage der Eisenbahnbetriebe des Reiches. Er kündigte neue Tarifverhandlungen an.

„Vollschäftigen“ den Mund so voll nahm, ist kaum etwas übrig geblieben. Die Kernpunkte seines „Rettungsplanes“ sind: Zentrale Steuerpolitik, Schaffung von Goldleihen (Werbefähigkeit der Anleihe), Schaffung eines Devisenfonds. Die Mittel, die Hilferding zur Durchführung seiner Pläne anführen will, sind sehr schwach. Hilferding will weder beschlagnahmen noch beitreten, er ist am Ende seiner Weisheit. Daher — erfährt er die Schwärze nicht. Er wird vielmehr, o Schreck und Graus, von jedem Kapitalisten verlangen, daß er zwei Finger in die Höhe hebt und schwört, wieviel Devisen er hat. Nachdem er geschworen hat, geht er hin zur nächsten Bankfiliale und zeichnet wertbefähige Goldanleihe, für die die Regierung ihm gute Zinsen zahlen wird. Hierdurch wird das Reich in den Besitz von Devisen kommen — sagt Hilferding — und vor keine Devisen hat, der kann auch in Papiermarken zeichnen. Köster Europas, das ist Hilferding auf dem Papiermarkt zeichnen. Eine Ausnahme tritt nur dann ein, wenn die Kapitalisten auf den Trid ihrer leuchtigen Jungfrau von Höhenlohn verfallen lassen, die den Kapitalisten in ihrem „Schlecht“ frage, ob sie eigentlich schwören solle, worauf jeder fallend antwortete: „Ach, Mann, sei nicht tödlich! Bei den eueren brauchst Du nicht zu schwören.“ — Und wenn auch geschworen werden muß, die Kapitalisten werden schon dafür sorgen, daß die Devisennehmer frei ausgehen.

Herr Hilferding betont ausdrücklich, daß seine Finanzmaßnahmen das Einverständnis der „Wirtschaftskreise“ gefunden haben. Wenn die Wirtschaftskreise „einverstanden“ sind, dann ist sicher, daß sie nicht bei ihnen über Devisen abließen, dennoch ein gutes Geschäft machen. Sie machen es auch bei dieser Zeit. Und wenn die Preise zwischen Hilferding und Stresemann für das Einverständnis? Nicht umsonst fördert das halbsche Stimmorgan die „Wirtschaftskreise“, das, was an der logischen Substanz erneut abgelehnt wird, muß ergänzt werden und kann ergänzt werden durch „Mehrarbeit“. Mehrarbeit heißt Verlängerung der Arbeitszeit, ohne diese — so und nicht anders ist die Sprache des Stimmorgans zu verstehen — gibt es keine Devisen! Hilferding wird also Konzeptionen auf Kosten der Arbeiter machen müssen, und er wird sie machen. Deshalb der Hinweis auf die Webergoldmarktlöhne, deshalb sein Hinweis darauf, daß die Wirtschaftskreise erklärt haben, daß die Regierung Stresemann die „letzte politische Reserve“ ist, über die Deutschland verfügt. Wenn schon die „Wirtschaftskreise“ (die Schwerindustrie) ihre letzte Reserve in Hilferding sehen, dann sind sie auch überzeugt, daß seine Diktatur nicht ist, sondern die Arbeiter, die hungernden Volksmassen trifft, daß es alles tun wird um das „Prinzip des Staates“, des Staates der kapitalistischen Ausbeutung gegen die Arbeiter, die gegen den Hunger und die verhäufte Ausbeutung zu bankrottieren versuchen wollen.

Die Arbeiterhaft darf sich nicht täuschen lassen: der „Rettungsplan“ Hilferdings bringt für sie keine Rettung. Sie muß darum weiterhin an ihren Forderungen: Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung festhalten. Denn nur eine solche wird erstens den chaotischen Zuständen ein Ende bereiten. Die Hoffnungen auf einen kapitalistischen Wiederaufbau durch die Regierung Stresemann-Hilferding werden bald zusammenbrechen. Nur die Sachverhaltung, wie sie für die kommunistische Gegenpartei enthält, die Durchführung der proletarischen Produktionskontrolle, die Schaffung einer Devisenzentrale, scharfe Außenhandelskontrolle und die Vermögenssachange alle ein Gewäß, daß die deutsche Wirtschaft gerettet werden kann!

England erwartet Stresemann-Kapitulation

Die Aufnahme der Poincaré-Note

WRS. London, 23. August.
Times schreibt: „Es müsse der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die deutsche Regierung bereit ist, sich für ein Mittel finde, um über die schlimmste Periode hinwegzukommen. Einmal sei eine öffentliche Erklärung erfolgt, welche die französische Regierung zu einer sehr beträchtlichen Veränderung der Ruhrbesetzung (!) verpflichte, falls der pazifische Widerstand von Deutschland aufgegeben werde.“ Die gesamte englische Presse stellt fest, daß Poincaré Note keinen Fortschritt auf dem Wege einer englisch-französischen Verständigung bedeute.

Verbot der „Schlesischen-Arbeiterzeitung“

(Eig. Drahtmeldung.) Breslau, 24. August.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ unter Verweigerung, sie gelten auf acht Tage verboten wurden. Als Grund des Verbotes wird der Abdruck einiger Äußerungen aus der „Neuen Jahne“ und die Veröffentlichung eines Aufrufs der oppositionellen Betriebsräte angegeben.

10 Uhr vorm.: Dollar 4600 000 M.

Nach dem Kampfe

Von W. Cashe

Der Generalstreik in Mitteldeutschland ist zu Ende. Nachdem die proletarischen Massen wieder an die Straßen ihrer Ausbeutung zurückgeführt sind, freiden sich auf die Straße und Spinnen des Bürgerkrieges auf dem Kampfplatz, um „Anleihe“ zu halten. Die durch den Massenstreik der Arbeiterrevolutionäre während des Kampfes erlebten Spektakel waren nun immer, nachdem die „Grünen“, „Rote“ und „Drauf“ wiederhergestellt haben, wieder aus ihren Knechteländern heraus, um am Sonntag über den Generalstreik zu kämpfen. Dabei ist der Kampf der Arbeiter und der sozialdemokratischen Presse tonangebend.

Aber auch innerhalb der Arbeiterwelt ist die Distaffel über diesen Kampf entworfen. Dabei lauten Meinungen auf, denen im Interesse der kommenden Kämpfe von vornherein klar ausgenutzt werden muß. Greifen wir einige dieser Fragen heraus: War dieser Kampf ein Fortschritt im revolutionären Sinne und war es richtig, den Kampf nach drei Tagen in einen wirtschaftlichen umzuwandeln? Ganz richtig, wie es scheint, aber nur durch einige kurze Erfolge vorher seinen Ausbruch angeht, durch der Generalstreik aus nachdem Hungerstreik und Betriebsdemonstrationen sein Kommen ignoriert haben. Dieser Generalstreik war infolge des spontanen Ausbruchs und in seiner politischen Wirkung zweifellos mächtiger, denn alle anderen Aktionen im vergangenen Jahre. Er zeigte vor allem ein getragenes Klassengefühl und Klassenbewußtsein in den breiten Schichten des Proletariats. In Verbindung damit hand der Wille der Arbeiter, durch politischen und wirtschaftlichen Kampf zugleich ihrer bisherigen traurigen Klassenlage ein Ende zu machen. Es war ein Kampf, wie er seit den Kapp-Zagen nicht wieder geführt worden ist. In diesen Tagen sind die mitteldeutschen Arbeiter in der Geschichte mit Siebenmellenstiefeln vorausgegangen. War die Niederlage im März 1921 eine Folge der Isolierung der kämpfenden kommunistischen Arbeiter von den anderen proletarischen Schichten, die sich nicht vorfinden vorhanden gewesen, die sozialdemokratische Führer, so war der Kampf im August dieses Jahres trotz der Sabotageversuche dieser selben Partei ein Massenkampf, der nur möglich war auf Grund des getragenen Klassenbewußtseins der indifferenten und sozialdemokratischen Arbeiter und auch eines Teiles der Wirtschaftskreise. Es war klar, daß der Kampf mit einem politischen Erfolg enden mußte.

Die Steigerung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse ist in zehn Jahren von Verfalligen war eines der charakteristischsten Symptome dieses Kampfes. Durch die raube verfallende deutsche Wirtschaft und den sozialen Elend und der Not für das Proletariat wurden die Massen wacher, und als diese die Verantwortung ihres furchtbaren Elends zum Bewußtsein kam, das sie bisher geduldet getragen, begannen sie sofort an den ihnen angelegten Fesseln zu rütteln. Die alten Wunden brachen wieder auf und die Arbeiter in der Arbeiterklasse für die Arbeiterklasse, um den Acht-Stunden-Tag für die Arbeiterklasse der Betriebsräte, um den mit einem Male dem Proletariat vor Augen. Und nun erregte man im letzten Sturm alle, was verstimmt worden war, nachholend durch den politischen Kampf. Die in diesen Tagen durch die Massen aufgestellten Forderungen politischer wie wirtschaftlicher Natur zeigen, daß die erwachten Massen gewillt waren, schon jetzt die Bilanz ihres Elends zu ziehen. Und wenn die Forderungen nicht oder nur zum Teil erfüllt wurden, wenn nur ein provisorischer Abschlus, seine Bilanz gezogen ist, und den Klassenkampf noch einmal neu umgemorren wurde vom politischen Generalstreik zum wirtschaftlichen Kampf, war das dann ein Fehler oder ein Miskolp des Kampfes? Würde dadurch die politische Aktion zur Wehrung der Massen aus dem Elend des Kapitalismus, die mit diesem Kampfe ihren Fortgang nahm, gebrochen? Wenn Kämpfer in diesen politischen Kampfe die in der augenblicklichen Situation zu erreichenden Forderungen schon im Sturmtrieb der Massen am ersten Tage erfüllt waren, war der politische Inhalt dieser Aktion erschöpft. Der Kampf mußte in eine wirtschaftliche Aktion umschlagen. Was konnte der betroffene Generalstreik weiter erreichen? Nur politisch naive KAP- und UML-Teile konnten erwarten, daß nach dem Sturz der Cuno-Regierung durch einen von vornherein befristeten Generalstreik der Kapitalismus völlig befreit werden konnte und daß der Streik die Voraussetzung für eine Arbeiterhaft ist. Ganz um den Kapitalismus niederzuringen, um die politische Herrschaft der Arbeiterklasse herbeizuführen, dazu bedarf es des Massenkampfes des Proletariats. Die Voraussetzung dazu ist eine Massenorganisation der Kämpfer, die nicht, wie es sich in diesem Kampfe gezeigt hat, als Kampfgruppen, sondern als ein einheitliches politisches Aktionsorgan (KAP) zu schaffen. Die Kämpfer müssen in Massenorganisationen erzogen und geschult und einheitlich um beide Ziele zu kämpfen in der Lage sein. Diese Bedingungen müssen erfüllt sein, ehe man zum Kampf kommen kann. Sie zu erfüllen mühen in den Kämpfen ist aber nicht möglich mit bloßen Reden und Flugzetteln, die zur Ausrufung der Räterepublik auffordern, sondern dazu ist die schmerzliche politische Schulung durch den revolutionären Kampf notwendig. Solange noch die bereits abgedeuteten unteren Zielsetzungen sich noch freuen und hemmend entgegenwirken, solange die Kampfräte des Proletariats nach verschiedenen Zielen sich gesplittet, solange wird es keine „vollen Erfolge“ geben. Hierin liegt überhaupt die Grenze des Erfolges in diesen Kämpfen. Und doch bringen diese Rückschlüsse mit all ihren Zerplitterungen und dem vorzeitigen Abbrechen der Kampfpläne die Revolution vorwärts. Gerade solche Kämpfe, wie der letzte politische Generalstreik, mit all ihren Konsequenzen, mit ihren teilweisen Erfolgen und Niederlagen beschleunigen und härten nur den Endkampf. Sie führen zu dem Ziel, das die Arbeiterklasse anstreben. In dieser Erkenntnis und in dieser Wirkung wird auch die Heilmittel und das Mittelwörterglaub der sozialdemokratischen Führer nicht ändern. Nach der Theorie dieser Liebhaber „ordentlich und wohlgeplante Kämpfe“ nach dem Schema des DGB, wie sie heute immer vorzweiben, besonders aber nach jenen Leuten, die alles aus der Entfernung besser wissen wollen, wie es hätte gemacht werden



ollen, war der Generalfreitag vom 12. bis 15. August mit seinen ansehlichen wirtschaftlichen Zeitschriften ein großer Fehler, der die Arbeiter nicht mitreden wollen, zu beruhigen. Aber die Geschichte wird unbekümmert um die Quasifreier dieser Diszipliniertheit durch alle ihre unaufhörliche Arbeit verzichten: die völlige Durchführung der proletarischen Revolution in Deutschland.

Nehmt sie beim Wort!

Die „Schwermertelung“ der Großen Koalition

So wie die SPD im Jahre 1919, um die Arbeiter vom Kampf gegen den Kapitalismus abzuhalten, marxistischer ausrief: Die Sozialisierung marschiert! Die Sozialisierung ist da! so verfuhr jetzt die WSPD-Bresse die Arbeiter, die die Große Koalition mit Streikern und Kommunisten nicht mitreden wollen, zu beruhigen. Das heißt sie ist, sagt man nicht zu behaupten. Aber man will den Arbeitern einreden, daß die Regierung Streikern-Hilfer die Schwermertelung bringen wird, daß die neuen Steuererlässe den ersten Schritt zur Schwermertelung darstellen, eine ganz gefährliche und gefährliche Kesselführung der Arbeiterschaft, wenn verächtlich wird, Schwermertelung mit Steuermaßnahmen gleichgesetzt, die Schwermertelung als eine steuerliche Belastung der Besitzenden hinstellen. Das ist der alte Plan von Robert Schmidt, den die Kommunisten aus dem „Kollektariat“ herauszuwerfen wollten, wie heute genau, wie im August 1921 am Parteitag in Jena, und mit ihnen die große Masse der laienhaften Arbeiter. Schwermertelung, das bedeutet für die Arbeiter nicht nur, daß endlich einmal die Kapitalisten beginnen, überhaupt Steuern zu bezahlen, sondern das bedeutet, daß die Arbeiter ein Kontingent über Produktion bekommen, daß die gesamte Produktion geregelt wird nach den Interessen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung und nicht nach den Profitinteressen der Kapitalisten. Schwermertelung, das heißt, daß die Produktionsbedingungen fallen, daß das unrationelle, unproduktive Arbeiten, das heißt, das damit verbunden ist, die Besteuerung unter der Kontrolle der Arbeiterschaft stattfindet.

Kein Arbeiter wird dem Gerücht der sozialdemokratischen Führer glauben lassen, daß eine solche Schwermertelung von der Regierung der Großen Koalition durchgeführt werden könnte, die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, wie das „Kollektariat“ dem „Vorwärts“ nachbetete, mit diesem Plane einverstanden sind. Gewiß, auch Herr Sinnes ist für „Schwermertelung“ — allerdings nur, wie er es ausspricht.

Wie schwer es den sozialdemokratischen Führern fällt, gerade und offen zu sagen, wie sie die Schwermertelung auffassen, das geht daraus hervor, daß nach der Mitteilung des „Vorwärts“ die Kommission, die die SPD, die damalige USPD, und die WSPD, vor fast einem Jahre einsetzte, keinen Gehaltsentwurf ausarbeiten konnte, sondern nur ganz vage, unklare Richtlinien. Wir verstehen, daß es den Herren überhaupt, ein Budget vorzulegen, daß sowohl ihren Koalitionsgenossen gefällt als auch die Arbeiter täuscht.

Wir zweifeln nicht daran, daß die WSPD-Mitglieder ihren gewöhnlichen Klumpen Recht anwenden und das Geschrei der Rechtsstreiche benutzen werden, sich als Strohriemen aufzuspielen, um an den Zügel der Rechtsstreiche zu bemerken, daß die Bürgerlichen sich fürchten und die Kommunisten unredlich haben. Aber das Geschrei der bürgerlichen Presse zeigt nur, daß selbst die Steuermaßnahmen der Sozialdemokratie nicht durchgeföhrt werden können. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeiter, die die neuen Steuern. Auch das „Berliner Tageblatt“, das bisher so scheinbar für Steuern eintrat, als die Geschichte für die Kapitalisten freudig auslief, verlangt jetzt Steuererlässe. Daß der Sozialdemokrat zu jener Zeit nicht dabei unter denen steht, die die Unmöglichkeit der Durchführung der neuen Steuern bemerken, braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden. Also selbst das, was die Sozialdemokraten den ersten Schritt zur Schwermertelung nach sozialdemokratischen Mätern nennen, soll nicht durchgeführt werden. Am 15. August waren die ersten Zahlungen fällig, am 25. August müssen die nächsten Zahlungen geleistet werden. Der Reichsausschuss der Betriebräte, ein Budget vorzulegen, das die Arbeiter, wie weit tatsächlich diese Zahlungen erfolgt sind. Wir sind sicher, daß der sogenannte erste Schritt zur Schwermertelung sich als eine Nichterhaltung der geschlossenen Vorarbeiten herausstellen wird, weil die Kapitalisten nicht bezahlen.

Wollen die sozialdemokratischen Führer tatsächlich eine Schwermertelung durchföhren oder wollen sie auch nur den Schein steuerlich belassen, so können sie der kommunistischen Partei und der Millionen Arbeiter, die hinter dieser Partei stehen, gewiß sein. Immer und immer wieder aber haben die sozialdemokratischen Reichsausschüsse als „Kommunisten“ der Kommunisten nicht niedergeföhrt. Vor wenigen Wochen erst haben sie mit den Delegierten ein Kompromiß beim Arbeiterkongress geschlossen. Schließlich haben sie hier wie in anderen Fällen gehandelt.

Die sozialdemokratischen Führer spielen ein gefährliches Spiel, wenn sie den Arbeitern die Schwere der Belastung des Reichsausschusses versprechen und sie nicht durchföhren wollen. Die Erlösung dieser Versprechen sollen sie sehr schnell von den Arbeitern gemacht werden.

Der Reichsausschuss der Betriebsräte geht nach Thüringen

Die „Jener „Neue Zeitung“ veröffentlicht folgende Mitteilung des am Samstag abendenden Reichsausschusses der Betriebsräte: „Das geföhrtführende Komitee des Reichsausschusses der Deutschen Betriebsräte hat in einer Sitzung in Jena am der Lage Stellung genommen, die durch das Verbot des Reichsausschusses in Preußen geschaffen worden ist.“ Das Verbot ist ein Verbot der Bourgeoisie, nach den großen Kämpfen der letzten Tage mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer die kämpfende proletarische Einheitsfront zu erschaffen.

Die durch die Betriebsräte organisiert und geföhrt wird. Die sozialdemokratischen Führer spielen dabei dieselbe schamvolle Rolle, die sie als Führer des Kapitalismus unter der Arbeiterfront spielen gesehen.

Die Gründe für das Verbot sind tramschhaft zusammengestellt worden, was nur beweist, daß es sich um einen Willkürakt gegen die kämpfende proletarische Einheitsfront handelt. Gegen das Verbot wird Widerstand im ganzen Reich geleistet.

Im Hinblick auf den Reichsausschuss der Deutschen Betriebsräte gar nicht daran, nach dem preussischen Verbot seine Arbeit einzustellen. Am Gesamtteil. Die letzten Kämpfe haben uns gelehrt, daß die Betriebsrätebewegung als einzige Organisierung der proletarischen Einheitsfront noch weiter ausgebaut und besser durchorganisiert werden muß.

Neue Kämpfe stehen bevor.

Um die Arbeit fortsetzen zu können, verlangt der Reichsausschuss seinen Sitz nach dem ungeschlossenen Herrschaftsgebiet des sozialdemokratischen Ministers Severin nach Thüringen.

Alle Zuschriften für den Reichsausschuss müssen vorläufig an folgende Adresse gelangt werden: Hermann Große, Jena, Thür., Aufsehlap 7.

Die Diktatur und die Auflösung des Reiches

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei stellt über die Aussichten von Diktaturen in Deutschland folgendes zum Besten:

„Es sind wohl einzelne Diktaturen in Deutschland möglich, nicht aber eine einzige, die inklusive wäre, das ganze Reich und alle

seine Kräfte zusammenzufassen. Ebenenmäßig wie sich eine Diktatur etwa in Bayern durchföhren würde, könnte dies eine Diktatur in anderen Teilen des Reiches. Die Errichtung von Diktaturen wird in jedem Falle die Auflösung des Reiches und das Ende der deutschen Zukunft bedeuten. Wer also mit dem Gedanken der Diktatur auch nur spielt, soll sich auch dieser Konsequenzen bewußt sein.“

Dieser Schreckhaß geht nach hinten los. Die Auflösung des Reiches hat die bürgerliche Demokratie bereits soweit besorgt, daß einer Diktatur nichts zu tun übrig bleibt. Oberflächen — hat die bürgerliche Demokratie verloren. Das Ruhrgebiet — wird die bürgerliche Demokratie nicht retten. Bayern — ist unter der bürgerlichen Diktatur bereits halb los vom Reich.

Auch die Reichswehr, die bereits nur noch ein Schatten ist, kann nur noch retten die Diktatur, die sich auf die große einheitliche Volksmehrheit stützen kann, die proletarische Diktatur. Die bürgerliche Demokratie hat durch die Tatsachen bewiesen, daß sie die Reichswehr nicht schützen kann. Die proletarische Diktatur wird die Kraft haben, sie gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Stresemann und der Mittelstand

Stresemann hat die Vertreter eines „Schichtkreises“ für die notleidende „Mittelstands“ aufzusuchen, an dessen Spitze der volksparteiliche Abgeordnete „Berling“ steht, empfangen. Aufgefordert, zu erklären, ob die Reichsregierung bereit sei, der Vererbung des Mittelstandes entgegenzukommen, hat Stresemann wie üblich einige erlautlich „gebildete“ Weisheiten von sich gegeben. Der Mittelstand sei der Träger der „geistlichen“ Auffassung des deutschen Lebens. Die Aufgabe der „geistlichen Kräfte“ sei notwendig, es sei irrtümlich, zu glauben, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Faktoren die wirksamsten sind, das sei der Geist und so weiter im Text. Nur eine Frage: Glaubt Herr Stresemann, daß der bürgerliche Mittelstand von seinem doch ziemlich mageren „Geist“ fast werden wird? Wenn der bürgerliche Mittelstand kein materielles Gutes am Essen bekommt, geht alle „Geistlichkeit“ verloren und deshalb ist das Gerücht Stresemanns, dessen Regierung die glorreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik fortsetzt, die nach allerdings bürgen den Mittelstand als ihre letzte eproproriet hat, nur Spöhn auf die Not des Mittelstandes.

Die Produktionsabotage geht fort

Bestau, 24. August. Die Hauptversammlung der Breslauer Zeitungswarbeiter und Buchdruckerzeitung beschloß, in allen Betrieben unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen dem gesamten technischen Buchdruckpersonal zu kündigen, weil sie nicht in der Lage seien, die hohen, die Unwirtschaftlichkeit der Betriebe nach sich ziehenden neuen Buchdruckerlöhne weiterzuführen.

In einer Vorstandssitzung des Vereins bayerischer Zeitungswarbeiter wurde eine Entschlossenung angenommen, welche mit Rücksicht auf die ungenügenden Löhne erklärt, daß die Zeitungswarbeiter durch die ihnen ausgesetzten Verhältnisse genötigt sein werden, ihre Betriebe unter Umständen schon in den nächsten Tagen stillzulegen.

Die Arbeiter dürfen sich durch das Geschrei der Unternehmer nicht irremachen lassen. Als die Kapitalisten ihre Preise erhöhen, wurde nie von einer Stilllegung der Druckbetriebe gesprochen. Jetzt, nachdem die Arbeiterzeitung verlangt, die Löhne der Geldentwertung anzupassen, dringt man in ein großes Gefeld aus, daß dies das Gewerbe an den Ruin bringe. Etwas haben die Buchdrucker keine Gedulde, zweitens sind die für die laufende Woche restierenden Lohnverträge durch die Steigerung des Dollarkurses bereits wieder illusorisch geworden. Die Unternehmer

Die WSPD als Knüppelorganisation

Die Führer der Sozialdemokratie, denen ihre Mitglieder maßlos weise aus der Partei laufen, verließen sich mit den tollsten Methoden aus der Sozialdemokratie eine Knüppelgarde zu machen. Das Zentralorgan dieser politischen Partei, die zu einer Kompagnie von Regierungspolitikern in Anspruch genommen ist, ist in der Lage, die Kräfte ihres Platzes mit den blamantesten und schändlichsten Artikeln und Notizen aus, welche systematisch in den nächsten Tagen verbreitet sollen und der „Deutschen Zeitung“ alle Ehre machen würden. Der Ton dieser Knüppelungen wechselt ab zwischen Wälfen, Maraschinen, Haken und Dummheiten. Es würde zu weit führen, auf diesen gelassenen Mist ausführlich einzugehen. Wir wollen nur einige Blüten in ihrer ursprünglichen Prägung aufzählen lassen.

Herr Arur Crispian, dem auf dem holländischen Parteitag bekanntlich die kommunistische Internationale so opportunistisch war und der wahrscheinlich deshalb zur Volks-Partei gegangen ist, welche die revolutionären Traditionen seit zehn Jahren mindestens so getreulich pflegt, schreibt einen Artikel, der mit einem Satz aus dem Sozialprogramm beginnt und mit dem Satz endet: „Die Crispian nicht wieder zur WSPD kehrt.“ Seine Hauptaufgabe ist diese: „Kein Sozialdemokrat darf vor irgendeinem Schreiber oder Kaufmann ins Manuskript kriechen. Wenn die Genossen liberal und in jedem Fall zusammenfassen, einander deuten und helfen, dann leben sie sich auch durch“, vorausgesetzt, daß Herr Rosteie nicht erst mit Maßnahmenwörterer zugehört hat.

Jeden Tag stellt der „Vorwärts“ die geistliche Frage, wo die Gelder für die revolutionäre Propaganda herkommen. Nun, da sie nicht wie bei den Gewerkschaften und bei der WSPD aus den Kassen der Schwerindustrie kommen, welche die anonymen Plakate bezahlt, mit denen die Bevölkerung „berührt“ werden sollte, so werden sie wohl aus den Beträgen der Parteigenossen, aus den Sammlungen und aus den Mitteln der 3. Internationale sowie der Partei-Gewerkschaften internationalen Stamms, die im Interesse der Arbeiterbewegung internationale der Kapitalisten und zur 2. Internationale der Minister und Freunde des Reichsausschusses, jeden revolutionären Kampf für ihre ureigenen Angelegenheiten hatten.

Ein bitterer sehr bester Schlagler ist die Erklärung, daß die Kommunisten sich mit den Wälfen und, wie sich das Blatt, das wochenlang zur Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hefte, ausdrückt, mit den Wälfen Karls und Rosas verbünden wollen. Auf diesen Stammsinn aus nur mit einem Wort einzugehen, hat keinen Zweck. Wir wollen im voraus, daß die sozialdemokratischen Führer in den kommenden Kämpfen, genau wie 1919, 1920 und 1921, die Wörter von „Zuschanden“ von „Vorfahrt“, die Ehrhardt und Konstantin, die Markburger Wälfen und alles reaktionäre Gesindel gegen die kämpfenden Arbeiter auslassen und beken werden.

Besonders schön nehmen sich die Klagen der Sozialdemokratie über „Terror“ aus, der von den Arbeitern Streikbrechern gegenüber geübt wird. Das Zentralorgan einer englischen Arbeiterpartei lehnt sich nicht, seinen Parteigenossen zu empfehlen, die Sipo herbeizurufen, um „im Betriebe Ordnung zu schaffen.“ Eine hervorragende schöne Probe der Wälfen der Sozialdemokratie bietet der Bericht des „Vorwärts“ über die Berliner Funktionsversammlung, die sich mit den kommunistischen Generalstreik und den nächsten Aufgaben beschäftigt. Der Referent bringt folgende Darstellungen darüber, daß die kommunistische Partei sich als Kleinbunde nennt, die Landung haben, an die Beamten, die nicht in dem Maße wie die Arbeiter mit gewerkschaftlichen Maßnahmen ihre Lage verbessern können, ja, selbst an Späno und Reichswehr und an den Mittelstand, der in größter Gefahr ist, bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen aufgeben zu werden.“ Es ist ferner eine schwere Sünde der WSPD, daß sie alle diese Schichten verläßt, in den revolutionären Kampf zu führen, damit sie nicht — was die glorreiche Politik der WSPD, die einen totalen Sieg — zu den Fäulnissen überlassen. Beinhaltet mit einer Abtötungsfähigkeit, die Unerschütterlichkeit nach als Aktlage gegen die WSPD, was folgendes: „Alle diese Vorkämpfer, die mit ihrer persönlichen Lage sehr unzufrieden sind, ... sammeln die Kommunisten, um sie durch Versprechungen als politische Gegner zu neutralisieren. ... Ihre Propaganda ist eben berechnert auf die egoistische Einstellung des einzelnen.“ Diesen handwischenen Wälfen lehnt der Verfasser den bungrigen Funktionären vor, bei denen er wahrscheinlich darauf rechnet, daß sie aus lauter Liebe zur Republik auf Ellen und Lohn verzichten und, wenn sie vor Hunger freizien, jede egoistische Einstellung verlassend, noch im Tode lüpfen: „Zu ferde lo genen und letzten Sterbens, denn ich ferde in der Republik, um Millionen in Deuten prekäret und Hinderling jeden Tag 60 Millionen Papiermark druck.“

Weder die Diktatur, die sich im „Vorwärts“ an dieses richtung gebende Referat entspann, lagt der „Vorwärts“ nur latonisch, daß sie zwei Stunden dauerte und „auf hoher Warte“ stand. „Die einzelnen Redner schloßen sich dem Refus der Unterredungen (1), die Genosse Heinz über den kommunistischen Generalstreik angefertigt hatte, vollinhaltlich an.“ Es ist nicht ganz klar, weshalb, wenn sich alle „vollinhaltlich“ angeschlossen, am Schluß dieses famolenen Berichtes abgelesen wird: „Man war sich vollkommen einverstanden nach außen die geschlossene Front gemacht werden muß.“ Wenn dann nicht nach, daß die Konferenz ein Schritt auf dem Wege zur Klambindung verlästert Energie der sozialistischen Bewegung in Berlin“ war und die Resolutionen dazu lehnt, in denen eigentlich gefordert wird, daß die sozialdemokratischen Funktionäre sich in den Betrieben und Gewerkschaften nicht kleinreden lassen sollen. Wo verkehrt man sehr gut, daß der Kagenamterbestimmung vom Parteivorstand nur dadurch aufgehoben werden kann, daß er seine Parteigenossen zur Organisation der Knüppelgarde gegen die revolutionären Arbeiter auffordert. Die WSPD in Berlin zählte vor dem Streik ganz 28 000 Mitglieder. Wieweil ihr nach dem Streik ein solches fähige Arbeiter sich nicht werden zu erkennen lassen. Das an fähige Arbeiter sich nicht werden zu erkennen lassen, daran annehmen gegen ihre Arbeitslosen mitbrachten lassen, daran annehmen nicht wird. Was aber an verbotenen Kanakaffen der Arbeitsgemeinschaft etwa den Verlust machen würde, im Betrieb Wertschöpfen zu verlieren, wird die Antwort zu mirren bekommen. Die erkrankten Arbeiter lehnt handreißend zu prüfen bekommen. Die bankrotte WSPD greift zu Mussolini-Methoden. Sie wird sich dabei den schon aktivierten Sals endloslich brechen.

Beutezüge der Franzosen

Paris, 24. August. Nach einer Hausmeldung aus Düsseldorf sind gestern in Mainz 84, in Werden 50, in Ludwigshafen 40, in Landau 80 Millionen, in Speyer 400 Millionen fortgenommen worden. In Mainz wurden 1 1/2 Millionen Mark aus der Sparkasse fortgenommen, die als Zahlung einer Kontribution von 3769 Frank gelten, die der Gemeinde wegen angeblich am 2. Mai begangener Sabotageakte zurkannt worden waren.

Kampf den bulgarischen Sektären!

Ein Aufruf der Komintern

(Ein. Drahim.) Moskau, 23. August. Das Exekutivkomitee der Komintern hat an das Proletariat aller Länder einen Aufruf veröffentlicht, in welchem auf das unerträgliche Regime der Militärräten und Exploiteure gegenüber den Arbeitern und Bauern Bulgariens unter offener Mithilfe der Sozialdemokraten und der zweiten internationalen Biogenieten wird. Ein dem kürzlich in Wien in Wien wurde die Mehrheit der 95 Arbeiter und Bauern schauungslos verurteilt. Die Komintern ruft die proletarischen Parteien und Organisationen aller Länder auf, aus Solidarität für die bulgarischen Arbeiter zu demonstrieren. Die der Sambarer und Anterbarer Internationale anschließenden Arbeiter müssen sich entweder auf die Seite der bulgarischen Arbeiter, oder auf die Seite der Sektären stellen.

Sofia, 20. August. (Ein. Korresp.) Der wegen „Auslandes“ angeklagte Parteimitglied von Wladimir Wladimir wurde zu einer Kerker verurteilt.

Der sozialdemokratische Parteimitglied K. Asajoff, unterstützt durch die Verfolgungen gegen Kommunisten, sondern selbst diese Verfolgungen am leichtesten an, indem er kommunistische Elemente erseht.

Der Generalfreitag in Griechenland

Weißer Terror gegen die Arbeiter

(Ein. Bericht.) Athen, 21. August.

Vor einigen Tagen sind zuerst die Landarbeiter und dann die Seeleute in den Streik getreten. Alle Häfen wurden stillgelegt.

Als Antwort darauf hat die Regierung die Mobilisierung der Seeleute angeordnet. Alle Seeleute, die ihren Dienst nicht tun, werden vor ein außerordentliches Kriegsgericht gestellt. Den Streikführern wird mit der Todesstrafe gedroht. Daraufhin ist ein allgemeiner Transportarbeiterstreik ausgebrochen. Der Streik will für die Arbeiter eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen. Dieser Streik hat am 20. August zum Generalfreitag übergeführt.

Die Regierung hat sofort mit der Auflösung aller Arbeiterorganisationen geantwortet. Es hat die gesamten Gelder jomie Archive beschlagnahmt. Mit den Geldern will sie eine falsche politische Partei schaffen.

Eine Reihe von Verhaftungen der Streikführer hat begonnen. Insbesondere hat eine wilde Verfolgung und Misshandlung der Kommunisten seitens der Regierung und Polizei eingeleitet. Ein Großteil des proletarischen Bauernums sympathisiert mit der Arbeiterfront.

385000 M. sind an unsere Trägerinnen sofort zu zahlen!

Leser, erleichtert die Einkassierung und dem Verlag die Zahlungsverpflichtungen!



Reiseleistungen für Halle-Merseburg.
Hessen u. Halle: Dresdenstr. 14. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Bereine
benötigen
Druckfahnen!
Bestellt die, bei der
Halle, Dresdenstr. 14.
Nordost-Orient, ein.

Arb.-Samar.-Kol.
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Veranstaltungen.

Wittung, Kaffeehaus! Der laufende Monat muß sofort abgerechnet werden, a Konto-
Scheinungen gelten nicht als Rechnung.
Kommunistische Parteiveranstaltungen. Sonntag, 23. August, abends 8 Uhr, in der
Produktiv-Genossenschaft! Wichtiges Ereignis.
Samstag, 22. August, abends 8 Uhr, in der
Produktiv-Genossenschaft! Wichtiges Ereignis.
Samstag, 22. August, abends 8 Uhr, in der
Produktiv-Genossenschaft! Wichtiges Ereignis.
Samstag, 22. August, abends 8 Uhr, in der
Produktiv-Genossenschaft! Wichtiges Ereignis.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Kraft-Sportklub
1909, Halle.
Samstag, den 26. Aug.,
nachmittags 3 Uhr, im
Schießhaus, Kammern
Vergnügen
verbunden mit
gr. Ringkämpfen.
- Große Preise -
Hierzu laden wir alle Freunde und
Gönner herzlich ein.
Der Vergnügungsausschuß.
3723

E. Theuring
Fritz-Reuter-Str. 1, Ecke L. Wucherer-Str.
kauft alle
Rohprodukte
Telephon 2986, 3728

D. Bruchhardt
Friedrich-Str. 4, Tel. 3568

Stadion am Gesundbrunnen.
Samstag, den 28. August 1923, nachmittags 2 Uhr:
Große Meisterschaftskämpfe
des 5. Kreises N.-O. Deutschlands.
An den Kämpfen um die **Kreis-Meisterschaft**
für den Hallischen Kreistag beteiligen gegen auswärtige Gegner:
„Achilles“ von 1890 Halle im Gewichtheben,
„Germania-Hellene“ im Ringkampf,
jerner: „Achilles“ von 1890 gegen Könniger Sportverein im
Handballspiel, sowie der große **Städtelkampf im Fuß-**
ballspiel Halle-Merseburg.
Bei unglücklicher Witterung finden die Meisterschaftskämpfe
im „Boltonen Saal“ statt. Eintritt von 4 Uhr an:
Zugband **Großer Sportball.** Zugband
Wasser. **Großer Sportball.** Zugband
8724 Die Reiseleitung!

Man fragt sich!
Wo werden Sie reell bedient?
Nur bei dieser Firma
Was erhalten Sie
dort?
Reelle Tagespreise

Paul Theuring,
Rohprodukte G. m. b. H.

Feinprecher 4363 und 5659.
Gr. Brunnenstraße 60/61, Triftstraße 24,
Auguststraße 17 (Sof),
Gr. Brauhausstraße 19, Mansfelder Straße 63/64.

Die Hallischen Rechtsanwältin.
Von heute an berechnen wir unsere Gebühren, ohne
Rückblick auf die Erhaltungsfähigkeit, auch in bereits
schwebenden Rechtsangelegenheiten nach dem früheren
Friedensstarke unter Umrechnung der Streitwerte und
Gebühren nach dem jeweiligen Lebenshaltungsindex des
Statistischen Reichsamts.
Die Mindestgebühr beträgt eine Index-Mark.
Jeder Rechtsanwalt ist verpflichtet, in allen Ange-
legenheiten Kostenvorschub zu erheben. 3726

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

Arb.-Sängerchor
Halle, Dresdenstr. 14.
Kalkulationspreis 107001.
Klein u. Halle: Berlinstr. 10. Fernr. 1473. - Kalkulationspreis 107001.

